

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 3

Artikel: Streitgespräch zwischen Iring Fetscher und Hermann Lübbe : über Technik und Demokratie
Autor: Fischer, Alfons / Bellaggio, Andrea / Lübbe, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340355>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Über Technik und Demokratie

Unter Mitwirkung von Alfons Fischer und Andrea Bellaggio

Noch nie waren die Möglichkeiten der technischen Beherrschung der Natur grösser und gleichzeitig die Lebensgrundlagen der Menschheit in ähnlichem Ausmass bedroht wie heute – am Ausgang der Industriegesellschaft. Die Technik ist im Laufe der menschlichen Zivilisation noch selten so unterschiedlich beurteilt worden wie heute: Die einen huldigen ihr, die andern verdammen sie. Vertrauen in die Technik und Sachlichkeit in der Politik sind nach Hermann Lübke, Professor für Philosophie und politische Theorie an der Universität Zürich, die entscheidende Voraussetzung für eine gedeihliche Zukunft. Gedämpft optimistisch beurteilt der Frankfurter Politikwissenschaftler Iring Fetscher die Zukunftschancen. Tiefgreifende soziale Änderungen sind nötig, und eine demokratische Steuerung des Wandels ist unerlässlich. Mit Iring Fetscher und Hermann Lübke sprachen Alfons Fischer und Andrea Bellaggio.

Frage: In den zwanziger und dreissiger Jahren versprach die Motorisierung grenzenlose Mobilität. In den fünfziger und sechziger Jahren sollte die Atomenergie unermesslichen Wohlstand durch quasi kostenlose Energie beschieren. Heute sind die Folgekosten des Fortschritts – Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, psychische Überforderung – immer offensichtlicher. Gehören technische Utopien der Vergangenheit an?

Lübke: In den früheren Jahrzehnten wurde der technische Fortschritt nicht durch Utopien vorangetrieben. Die technische Evolution beruhte auf der Evidenz der Lebensvorteile, die sie uns gebracht hat und nicht etwa darauf, dass man von irgendwelchen Utopien verblendet war. Man kann diese Lebensvorteile benennen. Es sind einfache und wichtige Dinge: Steigerung der Produktivität, Steigerung der Wohlfahrt, Mehrung der sozialen Sicherheit und des sozialen Friedens. Das alles hat allein der technische Fortschritt gebracht. Nichts Utopisches.

Fetscher: Das ist sicher nur die halbe Wahrheit! Was zum Beispiel Friedrich Liszt 1838 über die Wirkung der Eisenbahn schrieb, ist ungeheuer utopisch. Er sagte, die Eisenbahnen werden den Frieden herstellen. Denn man könne Truppen so schnell von einem Teil des Staates zum andern transportieren, dass der Krieg einfach nicht mehr möglich sei. Dies hat sich nicht bewahrheitet. Ähnliches ist bei der Einführung der Kernenergie wieder passiert. Auch da gab es ein Moment utopischer Überschätzung der Vorteile, die technischer Fortschritt mit sich bringt.

Lübke: Dennoch kann man die utopischen Vorstellungen, die den technischen Prozess begleiten, nicht zu seiner Triebkraft erklären.

Frage: Viele aktuelle Meinungsumfragen belegen das Misstrauen grosser Bevölkerungsteile gegenüber der technischen Entwicklung. Drängt sich von daher nicht eine demokratische Steuerung der Technik auf?

Fetscher: Ich meine, dass es heute mehr denn je notwendig

ist, die technische Entwicklung demokratisch zu beeinflussen – wegen ihrer ungeheuren Konsequenzen. Die Bürgerinitiativen zwingen zu einer Konkretisierung demokratischer Entscheidungsprozesse. Die neuen

«Es ist mehr denn je notwendig, die technische Entwicklung demokratisch zu beeinflussen.»
Fetscher

Politikformen, die man in Deutschland entwickelt hat, etwa die sog. «Bürgergutachten», die parlamentarische Kommission «Technologiefolgenabschätzung» und die Gespräche zwischen Staat, Kapital und Arbeit, sind erste Schritte in diese Richtung. Mir scheint, dass eine Form mit alternativen Technikszenarien dem Ideal einer demokratischen Entscheidungsfindung weitgehend entspricht. Es geht nicht an, dass man neue Technologien lediglich als Folge des internationalen Konkurrenzkampfes einführt.

Lübke: Die technologischen Entscheidungen sind von einer Komplexität, dass das Ausmass an Information der Öffentlichkeit, das einer Entscheidung vorausgehen hat, grösser ist als je zuvor. Das hat man im wesentlichen überall begriffen. Die Debatte darf deshalb nicht unter der Prämisse geführt werden, dass das bestehende System in diesem oder jenem westlichen Land den Aufgaben der Techniksteuerung nicht gewachsen sei. Das bestehende politische System kann im ganzen als entscheidungsfähig – auch auf dem Gebiet der Tech-

Iring Fetscher

Iring Fetscher, geboren 1922 in Marbach/Neckar, studierte Philosophie, Romanistik, Geschichte und Soziologie, habilitierte sich 1959 und hat seit 1963 einen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften an der Universität Frankfurt/Main. Fetscher ist Mitglied der Grundwerte-Kommission der SPD und Verfasser zahlreicher politikwissenschaftlicher Bücher. Als Autor und Herausgeber zahlreicher Standardwerke der Darstellung und Erforschung des Marxismus wurde er international bekannt.

niksteuerung – angesehen werden. Man müsste im Detail zeigen, an welchen Punkten dies nicht der Fall ist. Die Bürgerinitiativen demgegenüber weisen vor allem darauf hin, dass die technologische Entwicklung die Menschen auf eine höchst unterschiedliche Weise betrifft.

Frage: Die Betroffenheit durch Risiken ist bei den neuen Informationstechnologien – im Vergleich zur Kernkraft – breiter und gleichmässiger gestreut, so dass sich kaum lokale Widerstandsbewegungen bilden werden. Dennoch müssen die Risiken der Informationstechnologien nicht geringer sein . . .

Lübbe: Jetzt müssen Sie mir einmal sagen, wo denn die Gefahren der neuen Informationstechnologien stecken!

Frage: Informatisierung der Bürokratie und Datenschutzprobleme, Verschiebung der Gewaltenteilung zugunsten der Verwaltung, Monopolisierung von Informationen durch mächtige Interessengruppen, Überflutung der Bürger mit banalisierter Information. Kurz: Abbau von Demokratie!

Lübbe: Nein, das ist viel zu dramatisch ausgedrückt. Die Pro-

bleme für das System der liberalen Demokratie ergeben sich nicht aus den neuen Informationstechnologien, sondern aus der Verwissenschaftlichung und Technisierung unserer Gesellschaft überhaupt. Der Bürger geht in vielen Bereichen auf Distanz. Seine Neigung «Nein» zu sagen nimmt zu. Dies ist nicht ein «Nein» der begründeten Ablehnung, es ist ein «Nein» der Zurückhaltung.

Fetscher: Für mich ist es ein «Nein» des berechtigten Zweifels. Wenn zwei Experten, deren Qualität man nicht eindeutig messen kann, sich widersprechen, ist es vernünftig, «Nein» zu sagen. Man vermeidet das Risiko. Bei den Informationstechnologien sehe ich auch die Gefahr der Monopolisierung der Nutzungsmöglichkeiten.

Lübbe: Das ist ein Argument für die Verkabelung, für mehr Programme . . .

Fetscher: Keineswegs! Auch die Pluralität von kommerziellen Sendern garantiert nicht eine plurale politische Information. Ich könnte mir lediglich vorstellen, dass man die Verkabelung in einem Zweiweg-Austausch nutzt. Das heisst, es ist notwendig, dass die Regierung kontrollierenden Gruppen über konkurrierende Datenbanken verfügen müssen.

Lübbe: Die modernen Informationstechnologien sind eine produktive Antwort auf die Herausforderung der informationellen Gestalt einer sehr kom-

«Die modernen Informationstechnologien sind eine produktive Antwort auf die Herausforderungen einer sehr komplizierten und sich rasch ändernden Gesellschaft.»

Lübbe

plizierten und sich sehr rasch ändernden Gesellschaft. Wir brauchen sie, um den Rationali-

tätsgrad der anstehenden Entscheidungen sichern und vielleicht auch erhöhen zu können.

Frage: Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bringen auch eine neue Dimension in die internationalen Beziehungen.

Tatsächlich könnte die Bedrohung der Unabhängigkeit der Drittweltländer durch die neue Elektronik grösser sein, als es selbst der Kolonialismus war . . .

Lübbe: Das halte ich für eine sehr bedenkliche These. Sie ist sehr populär bis hinein in die UNESCO. Natürlich gibt es so etwas wie ein Defacto-Monopol westlicher, freier Informationsagenturen. Für den weitaus grösseren Teil der Länder, die sich keiner freien Verfassung erfreuen, ist der freie Informationsfluss höchst unangenehm. Der Ruf nach einer neuen Weltinformationsordnung ist der Ruf nach Schliessung der Grenzen gegen unerwünschte Informationen.

Fetscher: Die Verkabelung hat aber auch für ein diktatorisch regiertes Land etwas ausserordentlich Verführerisches. Sie ermöglicht nämlich die totale Kontrolle über die Sendungen, die empfangen werden können. Wenn man beispielsweise die DDR verkabelt, die Fernsehantennen entfernt, hat man ein sicheres Mittel, um den Empfang des westdeutschen Fernsehens zu verhindern.

Frage: Nicht nur Informationstechnologien bringen Probleme mit sich. Die Gentechnologie ist in ethisch-moralische Grenzbe- reiche vorgedrungen. Künstliche Befruchtung, Leihmütter und Samenbanken sind nur einige Stichworte. Was ist zu tun?

Lübbe: Die neuen Handlungsspielräume, die sich hier ergeben, erfordern neue Regelungen. Das beginnt bei der persönlichen Moral der beteiligten Personen, gilt aber auch auf der Ebene des Standesrechts.

Schliesslich wird auch der Gesetzgeber eingreifen müssen. Soweit ich selber bislang an solchen Normierungsdebatten teilgenommen habe, ist mein Vertrauen in eine rationale Regelungsmöglichkeit dieser neuen Probleme sehr gross. Man ist über einige Jahre hinweg sehr unsicher und findet dann im allgemeinen zu tragfähigen und zustimmungsfähigen Lösungen.

Frage: Die Debatte über Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe stimmt uns da allerdings wenig optimistisch.

Lübbe: Sie erinnern sich, vor vier oder fünf Jahren geisterte noch das sogenannte «Retortenbaby» als ein Schreckgespenst durch die Medien. Was ist nun aus diesem Schreckgespenst geworden? Dieses Problem ist heute moralisch und juristisch adäquat und genügend gelöst. Aus der öffentlichen Debatte ist das Schreckgespenst des Retortenbabys inzwischen verschwunden.

Frage: Sind Genmanipulation und Leihmutterchaft auch nur Schreckgespenster, Herr Lübbe?

Lübbe: Warum der hohe moralische Ton? Meine Meinung ist, dass die Leihmutterchaft nicht zugelassen werden sollte. Was

«Ich habe keine Angst, vor den neuen Möglichkeiten, die in der medizinischen Technik auf uns zukommen.»

Lübbe

die Genmanipulation angeht, habe ich keine Ursache anzunehmen, dass die kompetenten Entscheidungsinstanzen nicht zu vernünftigen Lösungen kommen werden. Das heisst aber nicht, dass ich allen Regelungen, die man in diesem oder jenem Land gefunden hat, zustimmen würde. Das hängt vom Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit des eigenen po-

litischen Systems und von der Kraft der eigenen moralischen und rechtlichen Tradition ab. Nochmals: Ich habe keine Angst vor den neuen Möglichkeiten, die in der medizinischen Technik auf uns zukommen. Ich empfehle auch jedem, keine Angst zu haben.

Frage: Haben Sie auch keine Angst, Herr Fetscher?

Fetscher: Angst ist kein guter Ratgeber. Dennoch darf man besorgt sein. Wenn die Bürger sich nicht für Forschung und Anwendung medizinischer Techniken interessieren, kann es geschehen, dass deren Risiken unterschätzt werden. Die Leihmutterchaft halte ich, genau wie Herr Lübbe, wegen der psychischen Belastung für die genetische und die biologische Mutter für unsittlich und unzulässig. Bei der Frage der Genmanipulation kann man heute noch nichts Genügendes sagen. Wenn es zum Beispiel gelingt, Gene zu korrigieren, die Erbkrankheiten enthalten, kann ich schwer sehen, wie man das verbieten kann.

Frage: Die Tatsache, dass die technologische Entwicklung lebensbedrohende Konsequenzen haben kann, hat zahlreiche Wissenschaftler bewogen «auszusteigen». Bekanntestes Beispiel dafür sind jene Forscher in den USA, die der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) den Rücken gekehrt haben. Sie argumentieren, es sei in höchster Weise unmoralisch, SDI zu realisieren angesichts der wahren Probleme der Menschheit wie zum Beispiel Umweltzerstörung, Hunger und Krankheit. Wird dieses Beispiel Schule machen?

Fetscher: Ich halte es für unwahrscheinlich, dass man diese Probleme mit moralischen Argumenten ausreichend angehen kann. Wenn fast die Hälfte der Wissenschaftler – etwa in den USA – direkt oder indirekt im

Hermann Lübbe

Hermann Lübbe, geboren 1926 in Aurich/Ostfriesland, studierte Philosophie, Theologie und Soziologie in Göttingen, Münster und Freiburg i.Br. 1966 bis 1969 war er Staatssekretär im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen, danach ein Jahr Staatssekretär beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Seit 1971 ist er Professor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich. Er schrieb zahlreiche Bücher zu Themen der Philosophie und Kulturwissenschaft und greift gelegentlich in Debatten über aktuelle gesellschaftliche Fragen ein.

Dienste der Rüstung steht, ist dies nicht eine moralische, sondern eine ökonomische Frage: Die Wissenschaftler finden dort Arbeit.

Lübbe: Von einer Moralisierung der Technik halte ich nicht viel. Nicht, weil ich der Meinung bin, dass weitreichende Entscheide verantwortungsfrei

«Man darf nicht mit dem scharfen Schwert des guten moralischen Willens den Knoten der komplexen Realität durchhaut.»

Lübbe

getroffen werden könnten. Ich glaube aber, dass man mit dem scharfen Schwert des guten moralischen Willens den Knoten der komplexen Realität durchhaut. Wir müssen diesen Knoten analysieren und aufdröseln. Die Bekundung guten Willens schafft gelegentlich einen moralischen Vorteil in der öffentlichen Diskussion. Es besteht jedoch nicht der geringste Anlass anzunehmen, dass die andern

nicht auch einen guten Willen haben. Wir sollten uns zur Sachlichkeit zwingen.

Fetscher: Diese moralische Forderung mag für Sie, Herr Lübke, und für mich selbstverständlich sein. Aber, dass dies generell von Politikern und Wissenschaftern akzeptiert wird, halte ich keineswegs für wahrscheinlich.

Lübke: Im Gegenteil: Ich habe den Eindruck, dass unsere Politik eher dröhnt von moralischer Bekundung. Dies ist nichts anderes als der Ausdruck der eigenen Unfähigkeit, nun genau sagen zu können, was wir eigentlich tun müssen. Was das SDI betrifft, müsste man in eine Analyse der politischen Weltlage eintreten. Dann erst kann man beurteilen, was für oder gegen das Projekt spricht. Ich bin nicht so sicher, ob die Mehrheit der Menschen verängstigt ist. Wenn das neue Verteidigungssystem nur zur Abwehr eingesetzt werden könnte – was sollte man dann gegen eine solche technische Entwicklung einzuwenden haben?

Fetscher: Jetzt halte ich Sie für etwas blauäugig, Herr Lübke. Wenn es eine totale Abwehrwaffe geben sollte, würde sie dem Besitzer die Möglichkeit geben, mit einem Minimum von Aggressionsmitteln den Gegner zu zerstören. So sichert man den Frieden nicht.

Frage: Im OECD-Raum gibt es gegenwärtig 30 Millionen Arbeitslose. Erwarten Sie von den neuen Technologien eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit?

Lübke: Die Entwicklung in der Produktion, aber auch im Dienstleistungsbereich geht sehr schnell voran, so dass wir Schwierigkeiten haben, uns rasch genug anzupassen. Die Elektronisierung erhöht die Produktivität der Arbeit in einem Ausmass, das differenzierte Arbeitszeitverkürzungen unumgänglich macht. Die freie Zeit kann man nicht mehr unter

den traditionellen Begriff der Freizeit bringen. Es wird eine neue Blüte der Alltagskultur in einem noch stärkeren Ausmass als bis anhin geben.

Fetscher: Die Verkürzung der Wochen und der Lebensarbeitszeit wird noch weitergehen müssen. Bislang sind ja Produktivitätssteigerungen in der Regel noch durch Steigerung der Produktmassen aufgefangen worden. Wir sind heute diesbezüglich an Grenzen gestossen. Man sollte die Technik heute mehr nutzen in Richtung auf qualitative Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Bereits heute könnte man vermut-

«Bereits heute könnte man vermutlich bei Vollbeschäftigung mit einer 30-Stunden-Woche auskommen.»

Fetscher

lich bei Vollbeschäftigung mit einer 30-Stunden-Woche auskommen.

Lübke: Da stimme ich mit Ihnen, Herr Fetscher, völlig überein. Man kann den Menschen nicht zuviel Anpassung an neue Verhältnisse zumuten, ohne ihr Vertrauen in die Zukunft zu berühren und ihr Lebensglück zu mindern.

Frage: Gestatten Sie am Ende noch eine persönliche Frage. Wie gehen Sie mit neuen Technologien um? Schreiben Sie beispielsweise Ihre zahlreichen Artikel und Bücher mit Computer?

Fetscher: Ich schreibe altmodisch mit einer ganz gewöhnlichen mechanischen Schreibmaschine. Ich habe auch eine elektronische, aber die benutze ich nur für gute Briefe . . .

Lübke: Ich bin noch etwas altmodischer als Herr Fetscher, ich schreibe noch mit Feder und Tinte. Aber das ist ein Generationenproblem.

Interview: Alfons Fischer/
Andrea Bellaggio

SPS fordert grundsätzlich neue Tarifpolitik

Billigere Preise – mehr öffentlicher Verkehr

Von Nationalrat Silvio Bircher, Aarau

Im Zeichen des Waldsterbens, des umfassenden Kampfes gegen die Luftverschmutzung und der immer grösseren Verkehrslawinen auf den Strassen mit den bekannten Auswirkungen auf die Umwelt und die Landschaft ist ein Sinneswandel im Verhältnis zum öffentlichen Verkehr eingetreten. Man beginnt zu begreifen, dass nur mit markanten Förderungsmassnahmen eine Trendwende weg

von der Strasse auf die Bahn gelingen kann. Die vier Bundesratsparteien haben dazu ein «Programm» entwickelt und verabschiedet, und die Öffentlichkeit wartet mit gespanntem Interesse auf erste konkrete Ergebnisse.

Zu lange gewartet

Zunächst muss im Rückblick festgestellt werden, dass viel zu